

## Studiengebühren sind verfassungswidrig

*SPD sammelt Unterstützungsunterschriften für Verfassungsklage*

Trotz erheblicher öffentlicher Proteste hat die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit im Hessischen Landtag das so genannte Studienbeitragsgesetz verabschiedet. Laut diesem Gesetz müssen Studierende ab dem kommenden Wintersemester mindestens 500 Euro für jedes Semester zahlen -- und dafür wenn nötig sogar einen Kredit aufnehmen. "Studiengebühren sind auch für Studierende und deren Eltern in Schlagenbad eine große Belastung: Eine Familie mit zwei studierenden Kindern zahlt künftig 2.000 Euro im Jahr -- zusätzlich zu den erheblichen Aufwendungen, die ein Studium ohnehin mit sich bringt. Für viele Familien dürfte es unter diesen Bedingungen schwierig bis unmöglich werden, ihren Kindern ein Studium zu finanzieren. Nicht mehr Begabung, sondern der gut gefüllte Geldbeutel ist dann entscheidend, wer künftig noch studieren kann", so begründen der Schlagenbader SPD-Vorsitzende Heiko Schmale und Bürgermeisterkandidat Detlev Sieber die Initiative der SPD. Zudem verstoßen Studiengebühren gegen den Wortlaut der Hessischen Verfassung. Die Initiative "Für Solidarität und freie Bildung" beim AStA der Universität Frankfurt bereitet derzeit eine Klage vor dem Staatsgerichtshof zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Studienbeitragsgesetzes vor. Zur Einreichung dieser Verfassungsklage müssen ca. 43.000 Wahlberechtigte diese Klage unterstützen. Für die Unterstützungsunterschriften gelten nach dem Gesetz strenge formale Vorschriften: Das vorbereitete Formular muss auf dem zuständigen Einwohnermeldeamt eigenhändig unterzeichnet werden und die Wahlberechtigung ist dort zu überprüfen.

Sieber hat daher in enger Abstimmung mit den Jusos aus dem Rheingau-Taunus-Kreis einen Musterantrag vorbereitet, der die Gemeindeverwaltungen zur Unterstützung bei der Sammlung der Unterschriften auffordern soll. In verschiedenen Gemeinden ist dieses Verfahren bereits beschlossen worden. In der Schlagenbader Gemeindevertretung wurde der Antrag jetzt allerdings (mit 13 Ja- und 13-Neinstimmen) knapp abgelehnt.

Damit dennoch auch in Schlangenbad die nötigen Unterschriften zusammenkommen, hatte der SPD-Ortsverein Schlangenbad zusammen mit den Kreisvorstand der "Jusos" vor dem Schlangenbader Rathaus am Dienstag Nachmittag einen Infostand aufgebaut: Vorbereitete Formulare wurden verteilt, und mehr als 30 Unterschriften wurden an Ort und Stelle im örtlichen Einwohnermeldeamt beglaubigt.

